



## Beschlussempfehlung

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration

### **Kommunen entlasten - Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten entbürokratisieren und verbessern**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/880**

Berichtersteller: Abgeordneter Herr Ulrich Siegmund

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den genannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Landesregierung wird gebeten,

1. zusammen mit den Kommunen die Praxis zur Erteilung von Behandlungsscheinen durch die AsylbLG-Leistungsbehörden zu eruiieren und Handlungsempfehlungen zu formulieren, die die allgemeinen Ziele einer Optimierung des Zugangs der Betroffenen zu einer ausreichenden und wirtschaftlichen Gesundheitsversorgung in dem durch die in §§ 4 und 6 AsylbLG vorgegebenen Leistungsrahmen und die eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Kommunen verfolgen. Für diese Verbesserung sind folgende Punkte anzustreben:
  - quartalsweise Ausstellung von Behandlungsscheinen,
  - Ausgabe von Behandlungsscheinen für Fachärzte und
  - eine wohnortnahe Ausgabe der Behandlungsscheine in den Gemeinschaftsunterkünften.
2. die Kommunen über das Angebot der Kassenärztlichen Vereinigung zu informieren und die Abrechnung mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten im Rahmen der Behandlungen nach §§ 4 und 6 AsylbLG zu übernehmen.

(Ausgegeben am 21.09.2017)

3. für AsylbLG-Leistungsberechtigte Informationen über das deutsche Gesundheitssystem und über den Zugang zu medizinischen Leistungen zusammenzustellen, damit diese sich im System besser zurechtfinden können.
4. zur Vollzugspraxis der Ausreichung einer elektronischen Gesundheitskarte nach Verstreichen der „15-Monats-Grenze“ (gemäß § 264 Abs. 2 SGB V i. V. m. § 2 Abs. 1 AsylbLG) im für Gesundheit zuständigen Ausschuss im I. Quartal 2018 zu berichten. Auch wird die Landesregierung in diesem Zusammenhang gebeten, sich in Gesprächen mit den Kommunen für eine proaktive Information der potentiell Anspruchsberechtigten und für eine zügige Ausreichung der Gesundheitskarte nach 15 Monaten einzusetzen.
5. sich auf Bundesebene für eine einheitliche Lösung im Hinblick auf den Zugang von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zum Gesundheitssystem einzusetzen.“

Abstimmungsergebnis: 6 : 5 : 0

Ulrich Siegmund  
Ausschussvorsitzender